

Thema: „Wellenbrecher – Sicherung der Seewege im Arabischen Raum“ (IMO)

Die Generalversammlung,

in Anerkennung der essentiellen Rolle, die die maritimen Handelswege im Arabischen Raum für den globalen Waren- und Energiefluss,

die Angriffe der Houthi-Milizen auf Frachtschiffe und andere Nationen *verurteilend*,

besorgt, dass die Sicherheit, Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung der Region durch die zunehmenden Angriffe der Houthi-Milizen auf internationale zivile Schiffe auf maritimen Seestraßen im Arabischen Raum und konkret im roten Meer, gefährdet ist,

unter Berücksichtigung der wiederholten Bedrohungen und Unterbrechungen dieser Seewege, durch Piraterie aufgrund aktueller regionaler politischer Destabilisation,

bekräftigend, dass das Recht aller Staaten auf sicheren, freien und ungehinderten Schiffsverkehr gemäß internationalem Seerecht unter allen Umständen beachtet werden muss,

bemerkend, dass sicheres Passieren von Handelsschiffen durch den Suez Kanal und die Bab-el-Mandab Seestraße nicht nur für Anrainerstaaten, sondern auch für die internationale Gemeinschaft von enormen Belangen ist,

betonend, dass nur durch multilaterale Zusammenarbeit die langfristige Sicherung der Handelswege gewährleistet werden kann,

in Erinnerung an die Gefahr von Terrorismusfinanzierung paramilitärischer, rebellöser bewaffneter Gruppierungen,

begrüßend die diplomatischen Initiativen zur nachhaltigen Befriedung der Region,

in Zusammenarbeit mit der Koalition “Red Sea Security Pact”, bestehend aus folgenden Mitgliedern: Eritrea, Republik Dschibuti, Königreich Bahrain, Arabische Republik Ägypten, Sultanat Oman, Königreich Saudi Arabien, die Mitgliedstaaten der EU, Somalia, Kuwait, Königreich Jordanien, Republic Jemen,

in Würdigung der Bemühungen regionaler Akteure und internationaler Organisationen wie die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO), sowie multilateraler Operationen wie ASPIDES, zur Förderung der Sicherheit auf den Weltmeeren,

begrüßend friedliche, diplomatische, nicht dem Roten Meer Namens würdige, humane, legitime, anständige, ehrenhafte, für jeden opportune, lohnenswerte, schickliche und ritterliche Lösungen im diplomatischen Geiste zu finden

1. *fordert* Houthi-Milizen sowie andere, nicht-staatliche destruktive Akteure *auf*,
 - a. alle militärischen und paramilitärischen Angriffe auf internationale Handelsrouten und souveränes Staatsgebiet im Arabischen Raum sowie sofort einzustellen,
 - b. den vollständigen Rückzug aus strategisch wichtigen Gebieten entlang der Küste,

2. *drängt*, dass die internationale Staatengemeinschaft die zuvor genannten Akteure im Hinblick auf schwere Waffen entwaffnet werden sowie dass weitere Waffenlieferungen an diese Akteure unterbunden werden,

2. *kommt zu dem Schluss*, dass die Islamische Republik Iran das Kriegsschiff “Alborz” aus dem Roten Meer zurückziehen muss, um die Situation zu entschärfen,

3. *ersucht* die Islamische Republik Iran, die militärische und monetäre Unterstützung der Huthi-Rebellen zu unterlassen,

5. *richtet* den Antrag an den UN-Sicherheitsrat, eine UN-Sicherheits-Koalition mit dem Namen “Red Sea Security Pact” (Präambel Nr x) unter Leitung der Bundesrepublik Deutschlands und unter Überwachung einer arabischen Delegation, wiederum unter der Leitung des Arabischen Rates, zur Überwachung und Absicherung der Handelswege, insbesondere in der Straße von Bab al-Mandab und im Roten Meer,
 - a. dies jedoch, ohne bereits bestehende Missionen wie ASPIDES, ATALANTA, Prosperity Guardian zu beeinträchtigen
 - b. die Leitung Deutschlands soll auf 5 Jahre beschränkt werden und danach auf ein periodisch rotierendes Führungssystem wechseln,
 - c. diese Koalition wird durch einen gemeinsamen Fond, welcher durch Sicherheitsabgaben am Suez-Kanal, wobei Lieferungen von humanitärer Hilfe, Grundnahrungsmitteln und medizinischer Versorgung ausgenommen sind, und finanziellen Beiträgen in Höhe von 0.0001% des Bruttoinlandprodukts der Teilnahmestaaten am Red Sea Security Pact, finanziert.

7. *autorisiert* den gezielten Einsatz maritimer Schutzmaßnahmen, darunter verstärkte Patrouillen und die Nutzung defensiver Technologien auf Handelsschiffen, um Angriffe frühzeitig zu erkennen und abzuwehren,
 - a. diesbezügliche Leitlinien werden von der IMO zeitnah ausgearbeitet,

8. *regt an*, dass eine diplomatische Initiative unter der Leitung der UN, um eine politische Lösung mit moderaten Akteuren innerhalb des Houthi-Netzwerks zu ermöglichen und ihre langfristige Integration in einen Friedensprozess zu sichern, Ziel dieser ist ein vereinigter föderaler Staat unter Vermittlung der Vereinten Nationen
 - a. Diese Verhandlungen basieren auf endgültigem Ende der Angriffe durch Rebellen, andernfalls werden diese Verhandlungen abgebrochen

9. *ermutigt* die internationale Staatengemeinschaft zur verstärkten wirtschaftlichen Unterstützung für den Jemen, um den Nährboden für bewaffnete Gruppierungen zu reduzieren und nachhaltige Alternativen für betroffene Bevölkerungsgruppen zu schaffen,

- a. Wobei die Finanzierung mithilfe der Entwicklungshilfe aus dem Fond der Vereinten Nationen ermöglicht sein soll,

10. *ersucht*, dass der Sicherheitsrat das Mandat für die Entsendung einer UN-Friedensmission (Blauhelme) in strategisch wichtige Hafenstädte, darunter die Häfen von Aden, Assab, Mayyun, al-Hudaida, Abachen, Hanisch-Inseln, Berbara, um die Einhaltung dieser Resolution sicherzustellen und langfristige Sicherheit in der Region zu gewährleisten,

11. *stellt klar*, dass bei weiteren Angriffen der Houthi-Rebellen auf zivile Handelsschiffe der Red Sea Security Pact (UN-Koalition), unter Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika, unter Führung der BR Deutschlands berechtigt, gezielte militärische Angriffe gegen diese zu leiten und die militärische Infrastruktur unter UN-Aufsicht zu beeinträchtigen

12. *beschließt*, regionale Streitkräfte zur Bekämpfung der Piraterie und Schutz der Küstengebiete durch UN-Ausbilder auszubilden

- a. Finanzierung wie oben

13. *beschließt*, mit dieser Angelegenheit befasst zu bleiben.

14. *unterstreicht*, dass es zu einer jährlichen Überprüfung der Lage durch die Vereinten Nationen, um die Fortschritte bei der Umsetzung der Resolution zu bewerten und gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu ergreifen, kommen sollte.